

## **AK Hauptversammlung (3): Arbeit schaffen und unseren Arbeitsmarkt schützen**

Linz (OTS) - Arbeitsplätze in Österreich schaffen und den österreichischen Arbeitsmarkt schützen, das fordert heute, Donnerstag, die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer (BAK). Das erwarten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihren Vertretern in Österreich und in der EU. Daher hat Beschäftigungspolitik für die AK höchste Priorität. Die BAK-Hauptversammlung fordert neue Arbeitsplätze durch Investitionen, Bildung und Weiterbildung, durch Beschäftigungspakete und Sozialpolitik.\*\*\*\*

Die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft muß weiterentwickelt werden und die Arbeit muß geschützt und gesichert werden. Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer (BAK) fordert daher

1. auf EU-Ebene:

+ neue Arbeitsplätze durch Investitionen

Die BAK-Hauptversammlung verlangt eine sofortige Investitionstätigkeit in die Transeuropäischen Netze. Damit können für den Bau der Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen sofort Arbeitsplätze in der Ostregion geschaffen und gesichert werden.

+ neue Arbeitsplätze durch Bildung und Weiterbildung

Die Chancen zur Höherqualifizierung müssen für alle Arbeitnehmer gesichert werden, so die Hauptversammlung. Die Maßnahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung setzen auf die Schaffung von Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Dazu könnten aber auch die Möglichkeiten der EU-Bildungsprogramme unterstützend beitragen.

+ neue Arbeitsplätze durch Beschäftigungspakte und Sozialpolitik

Als gleichwertiges Gegengewicht zur Wirtschafts- und Währungsunion muß nun eine Beschäftigungs- und Sozialunion gebaut werden. Jetzt, wo die Inflationsziele der EU dauerhaft erreicht worden sind, hat die Wirtschaftspolitik wieder mehr Handlungsspielräume, eine offensive Beschäftigungspolitik zu betreiben. Als Ziele einer Beschäftigungs- und Sozialunion nannte die BAK-Hauptversammlung

die Unterstützung des österreichischen und des europäischen Beschäftigungspaktes, den Ausbau der sozialen Mindeststandards, die Aufrechterhaltung des hohen Sozialniveaus in Österreich oder die Weiterentwicklung der europäischen Sozialpolitik.

+ den Schutz österreichischer Arbeitsplätze bei einer EU-Erweiterung

Österreich wird von der Osterweiterung besonders betroffen sein. Daher muß sichergestellt werden, daß den Bedenken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprochen wird und der österreichische Arbeitsmarkt geschützt wird. Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer verlangte daher lange Übergangsbestimmungen für die Öffnung des Arbeitsmarktes und des Dienstleistungsmarktes und die Übernahme der europäischen Standards in den Bereichen Soziales, Umwelt und Konsumentenschutz zum Zeitpunkt des Beitritts.

+ sichere Arbeitsplätze durch ein faires Steuersystem und eine faire Handelspolitik

Es muß endlich mit dem unfairen Steuerwettbewerb in der EU Schluß gemacht werden und Sozialklauseln in internationale Wirtschafts- und Handelsabkommen aufgenommen werden, um Sozialdumping zu verhindern.

+ sichere Arbeitsplätze durch gerecht verteilte Budgets

Die Hauptversammlung der BAK verlangte, daß die Reform der EU stärker die Arbeitnehmerinteressen widerspiegelt als bisher. Dazu gehöre auch, so Tumpel, daß die Einnahmen und Ausgaben der EU fair und gerecht aufgeteilt werden.

2. auf nationaler Ebene:

+ Arbeit entlasten

Die Entlastung des Faktors Arbeit muß als politische Zielsetzung beibehalten werden, verlangt die BAK-Hauptversammlung. Der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds soll zu einer Wertschöpfungsabgabe ausgebaut, Gewinne, Abschreibungen und Fremdkapitalzinsen in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden. Das hätte eine Senkung des Steuersatzes zur Folge und eine Beschäftigungswirkung von bis zu 20.000 Arbeitsplätzen.

+ Budget- und Industriepolitik wichtig

Die Finanzierung der sozialstaatlichen Leistungen muß auf hohem Niveau abgesichert werden. Jenen Ausgabenbereichen, wo die

Beschäftigungsintensität sehr hoch ist, muß besonderes Augenmerk gewidmet werden. Dabei kommt der Sicherung von Infrastrukturinvestitionen große Bedeutung zu.

Für Österreich als Wirtschaftsstandort ist die wichtigste Herausforderung, die heimische Wertschöpfung abzusichern und zu optimieren. Wesentlich dafür wird sein, die heimische industrielle Kompetenz- und Know-How-Zentren abzusichern und auszubauen.

+ ÖIAG-Gesetz novellieren

Durch eine Novellierung des ÖIAG-Gesetzes sollen ihre Funktion als Kernaktionär festgeschrieben und die Beteiligungsansätze an Unternehmen gehalten werden.

+ Wettbewerbsordnung moderner machen

Um fairen Wettbewerb zu sichern und Beschäftigung zu schaffen müssen das Kartellrecht und die Gewerbeordnung reformiert werden und bedarf es moderner Regulierungen bei der Bahn, Telekom und Energie.

(Forts mögl.)

Rückfragehinweis: AK Wien

Presse Doris Strecker  
Tel.: (01)501 65-2677

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

OTS0183 1999-06-18/12:29

181229 Jun 99

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_19990618\\_OTS0183](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990618_OTS0183)